

KOALITION ERZIELT ERFOLGE BÜRGERLICHER POLITIK

Steuern senken, Eltern stärken

Zur Halbzeit der Legislaturperiode hat sich die christlich-liberale Koalition auf wichtige Wegmarken für ihr weiteres Regierungshandeln geeinigt. Im Mittelpunkt stehen dabei der Abbau von Ungerechtigkeiten im Steuersystem und die Einführung des Betreuungsgeldes. Allein die steuerlichen Entlastungen haben ein Volumen von sechs Milliarden Euro. Davon werden vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen profitieren.

Mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses setzt das bürgerliche Bündnis seine erfolgreiche Politik der vergangenen zwei Jahre konsequent fort. Bereits wenige Wochen nach ihrem Amtsantritt hatte die christlich-liberale Koalition das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verabschiedet. Es trat zum 01. Januar 2010 in Kraft und umfasste Entlastungen in Höhe von 22 Milliarden Euro. Darin waren etwa eine Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags enthalten. Änderungen im Erbschaftsteuer-Recht hatten ebenfalls zu einer Entlastung von Familien geführt.

Der kalten Progression geht es an den Kragen

Zwei Jahre später steht Deutschland – trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen – noch besser da. Dadurch ergeben sich Spielräume, die die Koalition unter anderem dazu nutzt, Ungerechtigkeiten im Steuerrecht zu beseitigen. Dabei steht die sogenannte kalte Progression im Fokus. Dieser Effekt sorgt dafür, dass Arbeitnehmer, deren Gehalt steigt, auch mehr Steuern abführen müssen; das Wachstum der Reallöhne fällt dementsprechend niedriger aus. Die Erhöhung des Grundfreibetrags ab 2013 um insgesamt 350 Euro wird hier Abhilfe schaffen. Um die Zustimmung des Bundesrats zu sichern, hat die unionsgeführte Bundesregierung zugesagt, freiwillig einen größeren Teil der Entlastungen zu finanzieren. Mit umso größerem Unverständnis fassten Beobachter das kategorische Nein von SPD, Grüne und Linkspartei zu diesem Beschluss auf.

Betreuungsgeld stärkt Wahlfreiheit für junge Eltern

In den Verhandlungen einigten sich die Koalitionsspitzen außerdem auf die Einführung eines Betreuungsgeldes ab 2013. Eltern, die für ihr Kind im Alter von einem Jahr keinen staatlich geförderten Krippenplatz in Anspruch nehmen, erhalten dann zum Ausgleich monatlich 100 Euro. Ab 2014 wird das Betreuungsgeld auf 150 Euro und Zweijährige ausgeweitet. In den Koalitionsverhandlungen im Herbst 2009 hatte die CSU diese Anerkennung der Erziehungsleistung junger Eltern durchgesetzt. Darüber hinaus einigten sich Union und FDP am Sonntag auf ein Mehr an Leistungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen aus der Pflegeversicherung sowie zusätzliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von einer Milliarde Euro.

RATINGAGENTUREN UNTER DER LUPE

Koalition bekämpft Ursachen der Finanzkrise

Die unionsgeführte Bundesregierung setzt sich international für eine tragfähige Lösung der Schuldenkrisen einiger europäischer Staaten und für eine effektive Finanzmarktregulierung ein. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt sie dabei. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2008 begonnen hatte, hatte die Gefährdung des Haushaltsgleichgewichts der betroffenen Staaten vehement verstärkt. Vor diesem Hintergrund forderte die christlich-liberale Parlamentsmehrheit die Bundesregierung zu weiteren Schritten der Finanzmarktregulierung auf.

Antrag zieht positive Bilanz der bisherigen Regierungsarbeit

Ein entsprechender Antrag, den der Bundestag am Freitag mit den Stimmen von Union und FDP verabschiedete, zieht gleichzeitig eine positive Bilanz der bisher erzielten Reformen der Finanzmärkte: Neue Restrukturierungsregeln erlauben es, Krisenbanken künftig vom Markt zu nehmen, bevor sie zum Ansteckungsrisiko für die Wirtschaft werden; größere Banken zahlen in einen Fonds, der zur Vorsorge für solche Fälle aufgebaut wird; eine europäische Finanzmarktaufsicht ist eingerichtet. Darüber hinaus wurden Finanzinstitute und Versicherungen verpflichtet, ihre Vergütungsstrukturen auf den längerfristigen Erfolg des Unternehmens auszurichten.

Dennoch erkennen die Abgeordneten weiteren Handlungsbedarf. Daher setzen sich Union und FDP im Parlament dafür ein, dass der gesamte Finanzmarkt, jeder einzelne Finanzmarktakteur und jedes einzelne Finanzmarktprodukt angemessen reguliert und beaufsichtigt wird. Das muss aus Sicht der Volksvertreter auch für alternative Investmentfonds, so etwa Hedgefonds, gelten.

Einfluss der großen Ratingagenturen einschränken

Mit einem weiteren Antrag machte die christlich-liberale Koalition auf die Notwendigkeit einer besseren Regulierung von Ratingagenturen aufmerksam. In erster Linie fordern die Abgeordneten einen umfassenderen Wettbewerb am Ratingmarkt. Zuletzt hatte das Urteil einzelner Agenturen ganze Währungsräume unter Druck setzen können. Bereits am Montag hatten sich führende Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf einem Kongress im Deutschen Bundestag mit Finanzmarkt-Experten über die Zukunft des Ratingmarkts ausgetauscht. Dabei wurde deutlich: Die Koalitionsfraktionen wollen den Einfluss der großen amerikanischen Finanzkontrolleure zurückdrängen.

Auch der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht forderte dabei eine stärkere Regulierung der Ratingagenturen. Vor den 160 im Sitzungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion versammelten Experten und Entscheidern verglich er die zentrale Rolle der Agenturen auf den Finanzmärkten mit der von systemrelevanten Banken. Gerade deshalb müsse eine harte Aufsicht jedes Fehlverhalten der Ratingagenturen sanktionieren.